

SPD-Braun für Brünnings Hungerblockade

„Das ist Selbstmord der SPD!“ / Verzweifeltes Oppositionsmanöver der sächsischen SPD-Presse / Genug der Verbrechen! Sozialdemokratische Arbeiter, zieht den Trennungsknick! Her zu uns!

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Aus der Unterredung, die Brüning mit dem preussischen Ministerpräsidenten, dem Sozialdemokraten Otto Braun, geführt hat, wird bekannt, daß Braun die Unterstützung der preussischen Regierung im Reichsrat bei der Durchführung des Hungerprogramms in vollem Umfang zugesagt hat. Ein formeller Beschluß der preussischen Regierung darüber soll am Donnerstag oder Freitag gefaßt werden. Der offizielle Empfang der SPD-Vertreter ist für Donnerstag vorgesehen.

Von den Nationalsozialisten wird als Unterhändler über die Durchführung des Hungerprogramms Dr. Fried und Rechtsanwalt Dr. Frank, der Reichsbevollmächtigter, genannt. Die Nationalsozialisten beginnen bereits, dem Brüningprogramm teilweise zuzustimmen. Im „Sächsischen Beobachter“ vom 1. Oktober heißt es: „Begrüßen wir allerdings die Gehaltsföhrungen des Reichspräsidenten, der Minister und der Diäten der Abgeordneten.“ Der „Sächsischer Beobachter“ deutet also dieses Manöver, das die Massen über den ungeheuren Ausplünderungsplan hinwegtäuschen soll.

Dresden, 2. Oktober.

Nach teilt die sächsische SPD-Presse ihren Lesern die bevorstehende Tatsache, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun, sich auf den Boden des Brüningprogramms stellen wird, nicht mit. Sie weist, daß das die Katastrophe ist, denn die Empörung der SPD-Arbeiter ist bis zur Spitze gestiegen.

So schreibt die sozialdemokratische „Volkszeitung für das Sogland“:

„Die Sozialdemokratische Partei würde ihre ganze Vergangenheit, ihr ganzes Weien verleugnen, wenn sie auf die Plattform dieses Brüningischen Diktaturprogramms treten wollte. Einen solchen Gedanken halten wir einfach nicht für diskutierbar, weil es den Selbstmord der Sozialdemokratischen Partei bedeuten würde... Wenn die Sozialdemokratie dieses Regierungsprogramm schluden würde, ganz gleich ob bei direkter Regierungsbeteiligung oder auch nur durch Tolerierung, dann brauchte sich Adolf Hitler nicht den Kopf darüber zerbrechen, ob er auf legalem Wege zur Herrschaft kommen könnte... Die Zustimmung zu diesem Brüningprogramm müßte in der Partei wie Sprengpulver wirken.“

Auf die gleiche Oppositionsstellung ist die ganze sächsische SPD-Presse eingestellt. Nur das Dresdner Organ des Herrn Edel bereitet die Leser schon auf das Schlimmste vor. Die Volkszeitung von gestern schreibt:

„Die Sozialdemokratie ist bereit, an einem Reformwerk mitzuwirken... So stehen wir nun am Winter der schwersten Kämpfe, in denen es für die Len der Arbeiterklasse gelten wird, was auch immer kommen möge (!), treu zu unserer Partei zu stehen.“

Was kommt wird, das ist der Verrat der SPD-Führer, die Zustimmung Brauns zu dem ungeheuerlichen Brüningprogramm. Die „Linke“ in Sachsen fühlen die nahe Katastrophe. Den „Selbstmord ihrer Partei“, d. h. die Verhinderung der sozialdemokratischen Arbeiter mit ihren kommunistischen Klassenossen abzuwehren, rufen sie die Trommel der Opposition. Sie vollziehen daselbst Wandel und die damals bei der Vangerkreuzerdebatte. Unter Fortführung einer Opposition gegen die Berliner Führung werden sie weiter die Einheit ihrer Partei predigen und die SPD-Arbeiter, wie Edel es tut, auffordern, „was auch immer kommen möge, treu zur Partei zu stehen“.

Über selbst die Ablehnung des Brüningprogramms durch die SPD bringt für das Proletariat noch keine entscheidende Wendung. Wir fragen die Sendewitz und Jweiling, die gegenwärtig die „linke“ Oppositionsstellung unter der sächsischen Führerschaft beiziehen: Was werdet ihr den Arbeitern sagen, wenn die Brüning und Hindenburg das Parlament nach Hause jagen und ihr Programm auf dem Diktaturwege durchführen? Dann ist's aus mit eurer Demokratie, aus mit eurer papierernen Opposition! Dann sind andere Waffen notwendig. Dann gibt es nur noch die Waffen der revolutionären Massenaktion, des Lohnstreiks, des politischen Massenstreiks, der Streiks, und Strahendemonstrationen gegen faschistische Diktatur.

Warum schreiben Sendewitz und Jweiling, warum schreiben die Böchel und Edel kein Wort von diesem einzigen wirksamen Mittel, das Kampfbrogramm Brünnings zu durchkreuzen? Weil sie ihre Konfessionsfähigkeit damit aufs Spiel setzen. Weil im Verlauf solcher Aktionen das brüderliche Bündnis zwischen SPD, SPD und parteilosen Arbeitern die Fremdeide der sozialdemokratischen Führerschaft sprengen, die kapitalistische Herrschaft bis auf den Tod erschüttern würde!

Es ist der einzige Weg zur Befreiung der arbeitenden Klasse. Ihn zu beschreiten, auf ihm die roten Kolonnen des Proletariats in Marsch zu legen, das ist unsere Aufgabe in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten.

„Selbstmord der SPD“, meint das SPD-Organ des Westlands? Nun ja. Aber dieser Selbstmord ist gleichzeitig die Stunde des laminenartigen Umarmens der proletarischen Einheitsfront. Nur sie wird den Faschismus zerstampfen.

Neuwahlen in Oesterreich

Wien, 1. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Ministerpräsident beschloß, dem Bundespräsidenten den Auftrag auf sofortige Auflösung des Nationalrates zu unterbreiten. Die Regierung Kautsky wird sich demnach dem Parlament nicht mehr vorstellen. Als Termin für Neuwahlen ist der 9. November in Aussicht genommen.

Dresdner SPD-Führer sind eingeladen

Herr Edel selbst war es, der vor wenigen Tagen in der „Dresdner Volkszeitung“ die „Diskussion mit den Gegnern“ forderte. Wir geben ihm heute Gelegenheit, in einer öffentlichen Versammlung darüber zu sprechen, welchen Ausweg die sächsischen SPD-Führer dem Proletariat weisen. Für die Kommunistische Partei spricht Genosse Rudolf Renner. Darum, sozialdemokratische Arbeiter und parteilose Arbeiter, erscheint in Massen!

Heute abend 19³⁰ Uhr im Schusterhaus

Nazi-Fried läßt Youngsteuern zwangsweise eintreiben

Kapitalisten Sachsens für Straßer-Kabinett / SPD gegen Auflösung des Landtages

Apscha, 2. Oktober.

Nachdem unter kommunistischer Führung die Heimkehrervertretung in Apscha zum dritten Male die von der Thüringer Regierung geforderte Biersteuer-Erhöhung von 50 auf 100 Prozent abgelehnt hat, hat Nazi-Fried den Bürgermeister zum Staatskommissar mit dem Auftrag ernannt, die Biersteuer-Erhöhung durch Diktat durchzuführen und weitere andere Steuern zu beschließen.

Nazi-Fried als Eintreiber der Youngsteuern, als der Stiefel Brünnings und Hindenburgs!

Nicht umsonst heuern die sächsischen Kapitalisten denselben Kurs auf Einbeziehung der Nazis in die Regierung. In einer gestern stattgefundenen Konferenz wurde eine Einigung von der Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten über die Bildung einer Reichsregierung in Sachsen erzielt.

Straßer soll Innenminister werden. Das ist die einzige Bedingung, die die Nazis stellen. Kampf gegen Raungräber und Steuerdiener sind Wahlparolen gewesen. Jetzt nach der Wahl soll blutiger Faschistenterror das Programm der kapitalistischen Ausbeuter durchziehen.

Wir Kommunisten erklären: Sachsen war rot und Sachsen bleibt rot! Wir fordern die Verhaftung Sachsens auf mit allen Mitteln gegen eine Faschistenherrschaft in Sachsen anzukämpfen, die kämpfende Einheitsfront gegen die Regierungsbüffel einer kapitalistischen Youngdiatur zu schmieden.

Hitlermann begeht Selbstmord

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der 24 Jahre alte Käfer Gauher wurde gestern in seiner Wohnung tot aufgefunden. Er war Mitglied einer Nazi-Sturmabteilung und hatte an die Zukunftspläne des „Dritten Reiches“ geglaubt. Auf die Schwelung Hitlers nach den Wahlen erklärte er einem Freund: „Wenn so das dritte Reich aussteht, schloße ich mir eine Kugel in den Kopf.“ Zu Hause angekommen, bogab er sich in sein Zimmer und legte sich eine Kugel durch den Mund in den Hals. Der Tod trat sofort ein.

Limbacher Metallarbeiter für Streit

Glänzende Kampf Stimmung / Appell an die Metallarbeiter Sachsens

Chemnitz, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die gestern im Turnerheim Limbach stattgefundene außerordentliche Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde von einer glänzenden Kampf Stimmung befeuert.

Genosse Stange berichtete über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen für die Metallindustrie. Er forderte auf, den Kampf zu organisieren zur Abwehr der Lohnabbauoffensive der Unternehmer. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die am 1. Oktober 1930 versammelten Kollegen des DMV Limbach beschließen, sich vollinhaltlich hinter den Beschluß der Limbacher Ortsverwaltung zu stellen. Gegen jeden Lohnabbau und sonstige Verhinderungsmaßnahmen erkennen die Limbacher Metallarbeiter als das einzige Kampfmittel den Streik an. Für diesen Kampf um die Lebensinteressen der Arbeiterklasse fordern die Limbacher Metallarbeiter die gesamte Metallarbeiterklasse zum geschlossenen, einheitlichen Kampf auf.“

Streik im Marzfelwert

Chemnitz, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Seit gestern haben im Marzfelwert die Abteilung Fuldaarbeiter, insgesamt 70 Arbeiterinnen, die Arbeit niedergelegt, weil im Betrieb eine unerhörte Schikaneretz

zum Zwecke der Errichtung des Affordlohnes eingeleitet hat. Die Firma hat ihr gegebenes Versprechen bei der Verzögerung des letzten Anstufes, Mängel abzustellen bei der Affordarbeit, schmächtig gebrochen. Die Arbeiterinnen haben in einer getriggen Versammlung beschlossen, gegen die Schikane den Kampf zu führen. Der Unternehmer droht durch prozessualen Anschlag mit der Kündigung der gesamten Belegschaft. Heute morgen rief er bereits durch die Betriebsleitung Polizei gegen die in passiver Resistenz verharrenden Arbeiterinnen.

DMV-Bürokratie erwartet Schiedsbruch um Kampf zu verhindern

Berlin, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Nachdem die Verhandlungen zwischen dem Verband Berliner Metallindustrieller und den Gewerkschaftsvertretern gescheitert sind, ist der DMV dabei, noch im Laufe des heutigen Tages die Schlichtungsinstanzen anzurufen. Niemand zweifelt daran, daß ein Schiedsbruch mit Lohnabbau gefaßt werden wird. Dieser Schiedsbruch wird für verbindlich erklärt werden, und die DMV-Führer werden suchen, wie sie das an der Ruhe nur einigen Monaten und in vielen anderen Lohnabmachungen getan haben. Zu gleicher Zeit wagt der DMV zum Widerstand gegen das streche Anrufen des DMV in den Betrieben. In einer großen Anzahl von Berliner Metallbetrieben sind schon Kampfbeschlüsse gefaßt.

Ueber 7 Millionen Arbeitslose im Winter

Hitlers Forderung nach Zwangsarbeit von Brüning übernommen / Verschickung der Erwerbslosen nach dem Osten / Holt aus zum Gegenstoß! / Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SPD zeigt euch den Weg!

Dresden 2. Oktober.

In einer gestern abgehaltenen Kundstunde bestriftete der Reichsfinanzminister Dietrich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im kommenden Februar auf 2,6 Millionen. Unterstellt man die gegenwärtigen Ziffern, so wird nach amtlicher Voraussicht die Zahl der Erwerbslosen im kommenden Winter die ungeheure Rekordziffer von 7 bis 8 Millionen betragen.

Ueber die im Brüningprogramm bereits angebotene Arbeitsdienstpflicht verlangt, daß Reichsminister Treuschmann ermächtigt werden soll, die Arbeitslosen zwangsweise zu Reklamationen, Wegebauten usw. im Osten Deutschlands heranzuziehen. Eine solche Maßnahme ist zunächst ein Versuch, Erfahrungen für die allgemeine Einführung der Arbeitsdienstpflicht zu sammeln.

Die Brüningverordnung, die die Erhöhung der Arbeitslosenversicherungsbeträge auf 65 Prozent vorsieht, tritt am 6. Oktober in Kraft.

Ein Massenstreik gegen diese Schandpläne der Regierung, die dem nationalsozialistischen Programm auf Einführung der Zwangsarbeit entgegensteht, muß sich erheben. Wie Brot und Arbeit für die Erwerbslosen beschafft werden kann, zeigt das Programm der kommunistischen Landtagsfraktion, das in der heutigen Ausgabe unserer Zeitung veröffentlicht ist.

Öffentlich ist für die Erfüllung dieses Programms müssen die Erwerbslosen rufen, in allen Stempelstellen die Forderungen der kommunistischen Partei und das Verhalten der einzelnen Parteien zur Debatte stellen.

SPD kämpft für billiges Brot

SPD stimmt gegen die Freigabe der Einfuhr von schweizerischem Getreidefleisch

Der „Ausflug zur Wahrung der Rechte der Volkswirtschaft“ war am Dienstag zur Beratung der schweizerischen Maßnahmen gegen die Einfuhr von schweizerischem Getreidefleisch zusammengetreten. Die kommunistischen Mitglieder stellen einen Antrag, die Reichsregierung aufzufordern, die schweizerische Einfuhr eines Getreidefleischkontingents in der alten Höhe, jedenfalls nicht unter 120 000 Tonnen jährlich, mit Wirkung vom 1. Oktober wieder zuzulassen. Dieser Antrag wurde von sämtlichen Parteien, von den Bürgerlichen bis zur SPD, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Die Sozialdemokraten hatten einen Kompromißantrag eingebracht, das Getreide über die Einfuhr von schweizerischem Getreidefleisch wieder in Kraft zu setzen, damit zwar der Regierung die Ermächtigung zur Freigabe der Einfuhr gegeben, aber nichts über die Höhe des Kontingents gesagt wird. Für diesen Antrag stimmten nach Ablehnung ihres Antrages auch die Kommunisten, so daß er angenommen wurde. Die Vorlage Schicles, sowie ein entsprechender Antrag der bürgerlichen Vertreter wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Mit diesem Ausflugsbeschluss ist keineswegs gesagt, daß etwa vom 1. Oktober ab wieder schweizerisches Getreidefleisch eingeführt wird. Die Diktaturregierung Brünnings wird sicherlich an ihren Plänen der Subventionierung der Getreideexporte und der noch größeren Verschwendung der Wertigkeiten festhalten.

Witterungsaussichten. Weit schwache Winde, vorzugsweise nördlicher bis nördlicher Richtungen. Weiter, örtlich Nebelbildung. Nach kalter Nacht (Abendfrost) rascher ziemlich kräftige Erwärmung.